

Die Große Transformation gestalten – Implikationen für Europa

Andreas Novy

Die Welt ist im Umbruch. Die Indizien für eine Vielfachkrise von Umwelt, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind vielfältig: Berichte des Weltklimarats zeigen die zunehmende Wahrscheinlichkeit unkontrollierbarer Klimaveränderungen. Die Konkurrenz um die Kontrolle von Ressourcen verstärkt sich, und die globalen Interessengegensätze blockieren lösungsorientierte Kooperationen. Im September 2008 stand die Welt kurz vor dem Abgrund, ein Crash mit unabsehbaren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft schien möglich. Dazu kam es nicht. Doch der Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit ebenso wie die Militarisierung des Konflikts in der Ukraine zeigen, dass gerade unser Kontinent vor zivilisatorischen Rückschritten nicht gefeit ist (vgl. Schwarz 2014). Es ist dies heute keine kleine Krise, die an ihrem Ende zum Zustand vor der Krise zurückführt. Vielmehr wird dieser Umbruch zu umfassenden Veränderungen bestehender sozialer Formen führen, d. h. zu umfassenden Veränderungen unserer Art zu denken, zu arbeiten und zu entscheiden. Ich nenne dies Transformation, Trans-Form-ation, weil es um Formveränderungen, um systemische Veränderungen insbesondere der Waren-, Kapital- und Staatsform geht. Den finanzwirtschaftlichen Kapitalismus durch einen realwirtschaftlichen zu ersetzen, wie es Schulmeister in diesem Heft vorschlägt, ist kurzfristig sinnvoll, aber für die anstehenden Herausforderungen zu wenig.

Überlegungen über die Zukunft Europas in dieser Transformation müssen gleichermaßen den bisher privilegierten Status und den rasanten Bedeutungsverlust Europas als grundlegend neue geoökonomische Konstellation berücksichtigen (UNDP 2013: 12-18). Gegenwärtig verändert sich die Jahrhunderte alte ungleiche Weltordnung, von der in erster Linie die Menschen im Globalen Norden profitierten. Ulrich Brand verwendet in diesem Heft das Konzept der „imperialen Lebensweise“, eines nicht-nachhaltigen Lebensstils, der mit einer imperialen Produktionsweise einhergeht. Anders als bei Brand basiert der vorliegende Text aber auf der Annahme, dass sich eben jene historische Produktionsweise ungleicher Entwicklung in einem Veränderungsprozess befindet, der für große Teile der europäischen Mittel- und Unterschicht zu Verschlechterungen führen kann. Der gleichzeitige Machtgewinn aufstrebender Staaten und transnational agierender Konzerne untergräbt die materielle Basis der europäischen Wohlstandsinseln. Damit könnte sich die ökologische Problematik der „imperialen Lebensweise“ in Europa auf perverse Art lösen, wie die Klimazielerfolge an Europas Peripherie als Folge der Sparpakete zeigen.

Auf den kommenden Seiten werde ich herauszuarbeiten versuchen, wie Menschen in Europa diesen problematischen Abschied von einem nicht-nachhaltigen Lebensstil nicht einfach erleiden, sondern gestalten können. Gerade eine globale Perspektive führt zur Einsicht: Es geht um uns, um Politik und Veränderung vor Ort, in Europa (vgl. das Schwerpunktheft des Journals für Entwicklungspolitik 3/2013). Die Suche nach Handlungsmöglichkeiten wurzelt nämlich gleichermaßen in Verantwortungsgefühl wie Eigeninteresse. Europa, dessen Wohlstand wesentlich auf dem exzessiven Ressourcenverbrauch einer von fossilen Energieträgern abhängigen Produktions- und Lebensweise beruht, hat

eine historische Verantwortung, den Übergang zu einer postfossilen Gesellschaft umgehend einzuleiten. Es ist aber auch im Eigeninteresse Europas, kompetitive Formen der Krisenbearbeitung durch kooperative und solidarische zu ersetzen, weil eine Verteilung knapper Ressourcen gemäß des Rechts des – militärisch oder wirtschaftlich – Stärkeren mittelfristig zulasten der europäischen Mittel- und Unterschicht gehen wird. Wie der Ukraine Konflikt zeigt, kann der Ressourcenfluss aus dem Globalen Süden überraschend schnell versiegen.

Interpretationen der Krise

Die Interpretationen des Umbruchs sind vielfältig; gegenwärtig stehen insbesondere ökologische Ansätze, die zumeist Energie- und Ressourcenverbrauch als Kern des Problems identifizieren, und sozioökonomische Ansätze, die die zunehmende Ungleichheit als zentrales Problem sehen, neben- und teilweise gegeneinander. Die folgenden zwei Krisendeutungen zeigen, wie wenig Konsens darüber besteht, in welcher Situation wir uns befinden und was effektive Handlungsstrategien wären. Sie zeigen auch die große Kluft zwischen Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung.

1) Die klassisch linke, gewerkschaftliche Interpretation erinnert daran, dass der Wohlfahrtskapitalismus mit starken Gewerkschaften und einem bürokratischen Sozialstaat ein einzigartiges Modell des Massenwohlstands war. Durch die weitgehende Universalisierung von Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge im 20. Jahrhundert in Nordwesteuropa wurde Freiheit als Befähigung verstanden. Freiheit wurde zu einem Recht, das „weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft schlechthin“ reichte (Polanyi 1978: 339). Die klassisch sozialdemokratische Interpretation betont die Wichtigkeit von Gleichheit und inklusiven Gesellschaftsmodellen „für alle“. Krisenursache heute ist für sie wesentlich eine falsche Wirtschaftspolitik, die mit derjenigen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 vergleichbar ist: Liberalisierte Finanzmärkte und Austeritätspolitik führen zur Konzentration von Einkommen und Vermögen und damit zu fehlender Massenkauflkraft (vgl. auch Schulmeister in diesem Heft). Die Analyse betont die Dysfunktionalität des neoliberalen Kapitalismus, der zu Schrumpfen *by desaster* statt *by design*, zu Exklusion und fortgesetzter Krise führt. ReformerInnen in dieser Tradition fordern einen Politikwechsel aufbauend auf vergangenen Errungenschaften: soziale Rechte für alle und Beschränkung der Macht des Kapitals durch Kapitalverkehrskontrollen. Es ist dies die Position von Teilen der Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokratie, progressiven Parteien und „Europa geht anders“.

2) Zwar ebenfalls reformistisch, aber von einem ökologischen und eher liberalen Gesichtspunkt ausgehend argumentiert das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Gesundheit und Umwelt der deutschen Bundesregierung (WBGU 2011) zu „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Seine Krisenanalyse betont die Energieabhängigkeit unserer Produktions- und Lebensweise und postuliert die Notwendigkeit eines Übergangs zu einer postfossilen Gesellschaft. Der WBGU sieht diesen Übergang als eine grundlegende Transformation, vergleichbar mit der industriellen Revolution, durch die die Agrargesellschaften abgelöst wurden. Heute erfordere eine Transformation zur Nachhaltigkeit umfassende Veränderungen unseres Energiesystems, unserer Städte und Landnutzung. Die vom WBGU vorgeschlagene Strategie setzt auf „Pioniere des Wandels“, die als gesellschaftliche Avantgarde Veränderung initiieren und Leitbilder sowie alternative Lebensentwürfe der Nachhaltigkeit entwickeln, wie beispielsweise

das „gute Leben“ (WBGU 2011: 84), das nicht vornehmlich auf materiellem Reichtum beruhe. Für ein gutes Leben brauche es auch Anerkennung durch Andere und die Erfüllung ästhetischer und hedonistischer Genüsse. Es ist dies die Position von wesentlichen Teilen der institutionalisierten Umweltbewegung, der Grünen und der Green Economy-Fraktion des Industriekapitals.

Polanyi und das gute Leben für alle

Die beiden Interpretationen haben unterschiedliche Annahmen darüber, welche die relevanten Aspekte einer Transformation sind: Die klassisch linke Interpretation betont den Verteilungsaspekt, WBGU das Energieregime. Im Kern geht es aber um eine umfassende, eine sozial-ökologische Transformation (vgl. auch Brand in diesem Heft). Den Begriff der Großen Transformation hat Karl Polanyi 1944 geprägt, am Ende zweier großer Kriege und einer langen Wirtschaftskrise. Polanyi verbindet auf originelle Weise konservative und radikale Überlegungen und sieht sozialen Fortschritt einerseits und die Bewahrung von sozialen Institutionen und Ökosystemen andererseits nicht als Gegensätze. Damit schlägt er Brücken zwischen Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung. Anders als der WBGU (2011: 94) sieht Polanyi (1978: 59) die Große Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft nicht als reine Fortschrittsgeschichte: Die Verbesserung der Produktionsmittel ging im 18. Jahrhundert in Westeuropa mit der katastrophalen Erschütterung der Lebensbedingungen des einfachen Volkes einher – die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Das 19. Jahrhundert führte zur ersten liberalen Globalisierung und einem „hundertjährigen Frieden“, der vom Wiener Kongress bis 1914 dauerte (Polanyi 1978: 19-41); gleichzeitig identifiziert Polanyi (1978: 329) schon damals eine Doppelbewegung, die in der Verbreiterung der Utopie des *Laissez-faire* einerseits und den vielfältigen Bewegungen der Gesellschaft zum Selbstschutz andererseits bestand. Zum einen wurden Boden, Geld und Arbeit zu künstlichen, „fiktiven“ Waren. Damit weitete sich die Marktlogik auf neue gesellschaftliche Bereiche aus. Gleichzeitig hemmten territorial organisierte Sicherungssysteme wie bäuerliche und gewerkschaftliche Genossenschaftsbewegungen, die Bismarckschen Sozialgesetze und die Schutzzollpolitik der imperialen Mächte die Entfesselung der Ökonomie. Polanyi interpretiert die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein fulminantes, er vermutete sogar endgültiges Scheitern der liberalen Utopie selbstregulierender Märkte. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs machten dieses Scheitern und nicht zuletzt die Gefahr des Kommunismus in Teilen Europas ein Reformprojekt attraktiv, Freiheit nicht nur als Privileg weniger, sondern als Möglichkeit für alle zu verwirklichen (Polanyi 1978: 339). Der auf den Trümmern von Krieg und Faschismus entstandene gesellschaftliche Konsens brachte tatsächlich erstmals in Ansätzen ein *gutes Leben für alle* – innerhalb bestimmter Räume, fortbestehender Klassenunterschiede und einem auf fossilen Energieträgern basierenden Wachstumsregime. In den vergangenen Jahrzehnten unterminierte der Neoliberalismus dieses territorial beschränkte Inklusionsmodell. Die Ähnlichkeit der Krisenursachen 1929 und 2008 legt die Vermutung nahe, dass wir erneut mit einem, diesmal tiefer gehenden Scheitern der liberalen Ideologie konfrontiert sind. Aber 2008 wurde der von manchen übereilt als Endkrise des Kapitalismus gedeutete Crash vorerst durch massive Staatsinterventionen abgewendet. Auch die Umweltkrise wird vielfach bewusst mit konventionellen Mitteln kapitalistischer Steuerung bearbeitet.

Alle Interpretationen haben Konsequenzen für politisches Handeln und für die Möglich-

keit breiter gesellschaftlicher Allianzen, ohne welche zivilisatorische Rückschritte gerade in Europa wahrscheinlich sind. Vereinfachte Lösungsansätze wie sparsamer Umgang mit Ressourcen oder keynesianische Ökoinvestitionen müssen in größere Zusammenhänge eingebettet werden, um möglichst wenig unerwünschte Nebenwirkungen zu haben. Nur wer Komplexität wahrnimmt, sieht, dass *Single-Issue*-Initiativen zu kurz greifen und es eine holistische und systemische Herangehensweise braucht. Diese könnte Grundlage pluralistischer Allianzen werden, Mensch und Natur vor den zerstörerischen Tendenzen eines entfesselten Kapitalismus zu schützen. Wie von Polanyi schon für die erste liberale Globalisierung gezeigt, ist auch heute der Neoliberalismus für kapitalistische Entwicklung dysfunktional und führt sowohl zu reaktionären als auch zu progressiven gesellschaftlichen Bewegungen, die den Menschen Schutz vor bedrohlichen Veränderungen anbieten.

Das reaktionäre Leitbild für die anstehende Transformation existiert: ein gutes Leben für wenige. Als Reaktion auf die Verwerfungen, die ein ungesteuerter Umbruch produziert, ist ein Erstarken einer politischen Bewegung zu erwarten, die den Menschen verspricht, sie vor Veränderungen – Migration, Globalisierung, Kulturwandel, Konzernen – zu schützen. Sie vermittelt ihren AnhängerInnen, dass sie zu den wenigen gehören oder zumindest gehören können, wenn sie sich nur genug anstrengen. Konservativ-autoritäre Kräfte fordern Protektionismus und wollen liberale Global Governance und Laissez-Faire autoritär einschränken. Wie gegenwärtig in Ungarn erfolgt dies in Rückgriff auf nationalistische und traditionalistische Ideologien. Versprochen wird den „Tüchtigen“, den „Ordentlichen“ und „Unsrigen“ Schutz vor Veränderungen, allem voran durch den Ausschluss der „Anderen“.

Das *gute Leben für alle* betont demgegenüber die Chancen und die Verantwortung, den Übergang zu einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Ebenso wie die reaktionäre Leitidee des vollen Boots und der „Festung Europa“ ist ein gutes Leben für alle mit der Ideologie des *Laissez-faire* unvereinbar. Ökologische Krisenbearbeitungen müssen die soziale Frage ernst nehmen und ökosoziale Strategien „für alle“ umsetzen. Dies erfordert eine Allianz aus sozialen und Umweltbewegungen und ein Bündnis aus Mittel- und Unterschicht. Wie dies im 21. Jahrhundert in Europa möglich werden kann, ist offen, beginnt aber mit dem ersten Schritt. Deshalb braucht es eine breite Lernbewegung und Erzählungen kooperativer und solidarischer Entwicklung. Ich habe an anderer Stelle (Novy 2013) das *gute Leben für alle* als inklusive und nachhaltige Leitidee für die Bewältigung der Großen Transformation vorgeschlagen. Als progressive Leitidee erzählt das *gute Leben für alle* von einer Welt, in der für alle Platz ist.

Diese Leitidee zu verankern ist zur Zeit in Europa vor allem deshalb so schwer, weil Europas Linke zwar nicht neoliberal, aber in großen Teilen liberal und mittelschichtorientiert ist. So verkörpern die von WBGU (2011) angesprochenen kaufkräftigen und nachhaltigen KonsumentInnen tatsächlich eine Avantgarde alternativer Lebensführung. Doch verbrauchen ökologisch ausgerichtete Bevölkerungsgruppen ohne Umweltbewusstsein, insbesondere arme und armutsgefährdete Haushalte manchmal weniger Ressourcen als diese Avantgarde – weil sie weniger Geld haben oder Sparsamkeit als Wert ansehen (Brunner 2014). Bedeutsamer als die Widersprüchlichkeit individueller Lebensführung ist aber die Einstellung zu politischer Organisation und die Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung. Linksliberale betonen die zentrale Rolle selbstbestimmter Individuen und nähren so die tiefsitzende Aversion gegen Institutionen, insbesondere den Staat. Sie setzen auf Einzelinitiativen und überlassen die Gestaltung der Zukunft nicht nur in der Ökonomie der (unsichtbaren) Hand des *Laissez-faire*. Selbst in Ulrich Brands Beitrag in

diesem Heft sind alle angeführten positiven Beispiele nicht- oder anti-staatliche Initiativen. Auf diese Weise übersieht der staatskritische Zeitgeist die von Polanyi angesprochene Tendenz, dass liberale Freiheit oftmals ein Recht der Stärkeren und Kaufkräftigeren ist – im Verkehr, bei Privatschulen und der 24-Stunden-Pflege. Eine Ökonomie des Genug ist mit Grenzenlosigkeit so wenig vereinbar wie Entwicklung für alle mit liberaler Selbstbestimmung ohne soziale Verantwortung. So wie Schulmeister in historischem Verweis auf den New Deal, erinnern die gegenwärtigen lateinamerikanischen Erfahrungen, dass mit einem aktiven Staat zwar nicht alles gut wird, dass aber ohne Staat die wesentliche Sicherheit und Schutz gewährende Institution kapitalistischer Marktgesellschaften fehlt.

Trans-Form-ationen zur nachhaltigen Gesellschaft

Um der Komplexität der Vielfachkrise gerecht zu werden, braucht es ein politökonomisches, von Polanyi und Marx inspiriertes Verständnis kapitalistischer Marktgesellschaften. Die Marxsche Interpretation sozioökonomischer Veränderungen basiert auf einem Stufenmodell von stets komplexer-werdenden Produktivkräften, die die Art, wie produziert wird, immer wieder revolutionieren. Die bisher letzte dieser Revolutionen war die industrielle, in der die Feudalgesellschaft von der kapitalistischen Marktgesellschaft abgelöst wurde. In dieser gibt es drei grundlegende Formen: Ware, Kapital und Staat (vgl. insbes. Becker 2002). Mit den in Tabelle 1 systematisierten und im Folgenden ausgeführten Überlegungen möchte ich den Horizont für eine umfassende Transformation erweitern und damit die Notwendigkeit einer pluralistischen Lernbewegung begründen. Die theoretische Reflexion über Trans-Form-ation – also nicht nur oberflächliche, sondern tiefgehende Formveränderungen – hat auch eine politische Zielsetzung: Praxisfelder zu identifizieren, in denen Erfahrungen gesammelt werden können, wie avantgardistische Praktiken zu einer für alle lebenswerteren Gesellschaft führen können.

Bis heute hat nämlich sozialer und kultureller Fortschritt immer nur zu einem guten Leben für eine Minderheit geführt, in der Antike zum Beispiel für die freien Besitzbürger, während SklavInnen, Frauen und Fremde auf unterschiedliche Weise ausgegrenzt waren (Schmid 2013). Im Kapitalismus schließlich ging ein einzigartiger Schub an individualisiertem Freiheitsgewinn einher mit einer bis dahin unbekanntenen Ausbeutung von Natur und Mensch. Die Früchte unseres Fortschritts basieren auf einem fossilen, nicht erneuerbaren Energiesystem und kommen wiederum nur einer Minderheit zugute. Die europäische Arbeiterschaft profitierte als Teil dieser Minderheit lange von diesem expansiven Wirtschaftssystem durch Kolonialismus, Imperialismus und Freihandel. Mit der großen neoliberalen Umverteilung zu den obersten Einkommensschichten änderte sich dies. Die Hoffnung, Schritt für Schritt eine Gesellschaft zu schaffen, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist (Marx/Engels 1986: 69), realisierte sich nicht. Aber selbst die Sicherung des bestehenden Wohlstands wird für einen größer werdenden Teil der europäischen Bevölkerung immer schwieriger.

Jede Transformationsstrategie muss die Funktionsweise des Systems verstehen, das es zu verändern gilt. Kapitalismus bedeutet (1) Bedürfnisbefriedigung vor allem mittels Geld durch Waren, (2) einen Zwang zu wachsen, wobei das Ignorieren des Akkumulationszwangs mit dem Untergang bestraft wird – Stillstand ist nicht möglich – und (3) die Trennung des Politischen, also Demokratie und Gemeinwohlorientierung, von der Wirtschaft, in der Prinzipien von Konkurrenz und Individualismus vorherrschen. Doch diese Funk-

Tabelle 1: Ansätze einer Großen Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft

(1)	(2)	(3)	
	WARE	KAPITAL	STAAT
Funktionsweise	Bedürfnisbefriedigung via Geld durch Waren	Wachsen oder Untergehen	Das Politische, Wirtschaft und Gesellschaft sind getrennte Sphären
Mythen	Warenfetisch – Ohne Preis kein Wert	Wachstumszwang – Ohne Wachstum kein Fortschritt	Staatsillusion – Macht ist im Staat verortet
Frage	Wie können nicht-marktliche, gemeinschaftliche und kollektive Formen der Bedürfnisbefriedigung gefördert werden?	Wie kann eine auf Kooperation und Suffizienz ausgerichtete Produktionsweise gefördert werden?	Wie kann die politische Gestaltung, Planung und Ordnung moderner Gesellschaften durch ein partizipatives Gemeinwesen erfolgen?
Praxisfeld mit visionärem Ausblick	Soziale und ökologische Infrastruktur für Mobilität Pflege, Kinderbetreuung, Nahversorgung und Naherholung	Suffizienzorientierte regionale Kreislaufwirtschaften basierend auf dezentraler Energieversorgung, Biolandwirtschaft und Bio-Agroindustrie	Partizipative Demokratie (Demokratisierung aller Lebensbereiche mit unterschiedlichen Formen von Demokratie – beteiligungsorientiert, repräsentativ, direkt) schafft einen öffentlichen Staat

tionsweisen führen zu Mythen, in denen die heute herrschenden Grundformen als natürlich und ewig angesehen werden. Diese Mythen verhindern strukturelle Transformationen. (1) Der Geld- und Warenfetischismus unterteilt miteinander verbundene Elemente von Gesellschaft und Natur in abgrenzbare Güter, als hätte nur das einen Wert, was einen Preis hat. Wenn es sich rechnet, werden Gemeinschaften und Biotope zerstört. So wird eine holistische Herangehensweise erschwert, und Lebenschancen werden an den Besitz von Geld gekoppelt. (2) Der Wachstumszwang behindert ressourcenschonende Wirtschaftsweisen ebenso wie Kooperation, Eigenarbeit und Reziprozität. Deshalb kritisiert die Postwachstumsökonomie den Mythos, es gäbe ohne Wachstum keinen Fortschritt. Was diese Kritik unterschätzt ist der durch Konkurrenz erzeugte Wachstumszwang. Kapital ist kein Schatz, den man horten kann, sondern eine herrschaftlich organisierte soziale Beziehung von Produktionsmitteln, Technologien und Arbeitskräften. Unternehmen müssen im Kapitalismus ständig wachsen, wenn sie nicht vom Markt verdrängt werden wollen. Genügsamkeit ist dauerhaft nur möglich, wenn Produktionsweisen gefördert werden, in denen vermehrt für lokale Märkte, mit Klein- und Mittelbetrieben und teilweise auch für den Eigenbedarf produziert wird. (3) Die Staatsillusion trennt gesellschaftliche Sphären und sieht den Staat als einen für Wirtschaft und Gesellschaft externen Akteur. So wird die Bedeutung des Politischen gleichzeitig überschätzt („der Staat als Hüter des Gemeinwohls“) und unterschätzt („der Staat richtet nur Schaden an“). Schulmeister und Brand stehen in diesem Heft für die jeweiligen Fehleinschätzungen. Staatsillusion als

Über- oder Unterschätzung des Staates verhindert, den Staat als ein mit Wirtschaft und Gesellschaft verwobenes Kräftefeld zu sehen, das durch kollektives und strategisches Handeln gestaltbar wäre. Aber weder wird es einem neuen „Roosevelt“ gelingen, einen New Deal ohne breiten Druck von unten umzusetzen, noch kann geleugnet werden, dass selbst in Zeiten der Globalisierung viele lateinamerikanische Staaten – anders als Europa – ihren Handlungsspielraum nutzten und substantielle und unerwartete Erfolge in der Armutsbekämpfung und der Ausweitung des Binnenmarktes erzielten. Das Desinteresse der europäischen Linken für diese durchaus widersprüchlichen Erfolge erschwert in Europa die Bildung ökosozialer Allianzen (vgl. Novy 2013).

Warenfetisch, Wachstumszwang und Staatsillusion sind drei mächtige Mythen, die durch konkrete Erfahrungen und Kämpfe als das entlarvt werden müssen, was sie sind: durch Menschen veränderbare gesellschaftliche Strukturen. In den letzten Jahrzehnten radikalisierte der Neoliberalismus stattdessen die kapitalistischen Grundformen in allen drei Bereichen, indem er (1) durch Privatisierung sozialer Dienste und der Finanzialisierung der Natur neue „fiktive“ Waren schuf, (2) durch diverse Deregulierungsmaßnahmen Konzentration und Zentralisation von Kapital und damit von Wirtschaftsmacht förderte und (3) gewachsene rechtsstaatliche, sozialstaatliche und demokratische Strukturen aushöhlte. Neoliberalismus führte nicht zu weniger Staat, sondern zu einem exkludierenden und autoritären. Die anti-staatliche Haltung ist selektiv. Sie richtet sich vorrangig gegen Sozialstaat und Mehrheitsentscheidungen, wenn immer diese den sozioökonomischen Status Quo in Frage stellen (Hayek 1978), während umgekehrt kein Liberaler nach 2008 zögerte, die Rettung der Privatwirtschaft mit explodierenden Budgetdefiziten und unter Umgehung juristischer Regelwerke öffentlich zu finanzieren.

Die von oben oktroyierte neoliberale Politik hat zu diversen Reaktionen von unten geführt: (1) Ein Teil der Reaktionen auf die Vermarktlichung aller Lebensbereiche akzeptiert die Warenform und strebt entweder die Internalisierung sozialer und ökologischer Kosten an oder setzt auf die Macht der KonsumentInnen – Fairtrade, Bio. Weitergehende Strategien setzen auf den Ausstieg aus einem als unterdrückend angesehenen Marktsystem – via Commons Bewegung, Tauschringe, Tafeln für Hilfsbedürftige oder *Food Cooperatives*. (2) Die gegenwärtige Dominanz von Kapitalinteressen führt dazu, dass die meisten diesbezüglichen Initiativen sich eher defensiv auf den Widerstand gegen Privatisierung und Liberalisierung konzentrieren. Nur in Ansätzen wird auch am Aufbau eines genossenschaftlichen und regionalisierten Wirtschaftssektors gearbeitet. Ein Positivbeispiel ist die Energiewende in Deutschland, in der es gelungen ist, eine ökologische Transformation mit der Schwächung der großen Energiekonzerne zu verbinden. (3) Die Kritik des autoritären und exkludierenden Staates mündet häufig in der Betonung nicht-staatlicher Formen von Politik und Demokratie, wie in der Occupy-Bewegung oder den Initiativen zum Ausbau der direkten Demokratie. Das Ergebnis ist in der Regel eher politische Fragmentierung als die Bildung breiter Allianzen. Viele der transformativen Bewegungen, die als Einzelinitiativen organisiert sind, tendieren zur *Single issue*-Bewegung, die einen Aspekt der Transformation ins Zentrum stellt, ohne den Zusammenhang mit der notwendigen umfassenden Veränderung der herrschenden gesellschaftlichen Formen herzustellen.

Hier möchte ich das Leitbild vom *guten Leben für alle* aufgreifen. Es eröffnet einen umfassenden utopischen Horizont jenseits des Kapitalismus und bietet gleichzeitig Orientierung für kurzfristig wirksame Reformstrategien innerhalb der bestehenden Ordnung, die gerade in Europa über Jahrzehnte neoliberal verfestigt ist. Als Leitbild vermeidet es den Dualismus von Reform und Revolution, von kleinen Schritten im Bestehenden und

großen Würfeln radikaler Formveränderung. Es geht darum, Menschen in konkreten Praxisfeldern Erfahrungen sammeln und alternative Praktiken entwickeln zu lassen, die potentiell strukturverändernd sind. Sowohl für reformistische Schritte als auch radikale Veränderungen gelten dieselben drei Leitfragen, die im abschließenden Teil dieses Textes bearbeitet werden. Hierbei werde ich mit der in der Transformationsforschung eher vernachlässigten Staatsform beginnen, weil ich in deren Transformation den Schlüssel nachhaltiger Veränderungen sehe: (3) Wie kann die politische Gestaltung, Planung und Ordnung moderner Gesellschaften durch ein partizipatives Gemeinwesen erfolgen? (2) Wie kann eine auf Kooperation und Suffizienz ausgerichtete Produktionsweise entstehen? (1) Wie können nicht-marktliche, gemeinschaftliche und kollektive Formen der Bedürfnisbefriedigung gefördert werden? Der Weg in diese Zukunft beginnt mit dem ersten Schritt. Es ist der Vorzug einer Orientierung am *guten Leben für alle*, dass die heute schon umsetzbaren Reformschritte Richtung des utopischen Horizonts einer postfossilen, postkapitalistischen Gesellschaft gehen.

(3) „Die strikte Privatisierung der Frage nach dem guten Leben war ein historischer Fehler – es ist an der Zeit, ihn zu korrigieren!“, meint Hartmut Rosa (2013) und betont damit, dass die Frage nach dem guten Leben eine Schlüsselfrage für die Gestaltung des Gemeinwesens ist (Skidelsky/Skidelsky 2012). Es geht eben immer auch um die Frage, wie ein individuell gelungenes Leben mit dem guten Leben aller vereinbar ist – unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten. Dazu braucht es wirksame Formen der Organisierung über den Kreis Gleichgesinnter hinaus. Spontane und institutionenfreie Politikformen wie Besetzungen sind erste Ansatzpunkte. Doch zeigen die Ereignisse von Ägypten bis zur Ukraine, dass es neben Basisprotest einer engagierten Minderheit eine gemeinsame Vorstellung von einem Gemeinwesen braucht, das Partizipation und Ordnung vereint. Fehlt diese, folgen böse Überraschungen. Es geht also um die Veränderung der bestehenden Form des Staates, eine Reduktion seiner autoritären und exkludierenden Elemente und eine Stärkung von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit. Die Schaffung eines offenen, wissensbasierten und demokratischen Gemeinwesens ist der zentrale Ansatzpunkt für die Große Transformation. Partizipative Demokratie kann diverse Lernbewegungen zur Transformation der Waren- und Kapitalform bündeln. Konkrete Erfahrungen und Praktiken in verschiedenen Bereichen wie städtischer Landwirtschaft, sozialem Zusammenhalt und neuen Formen von „Nutzen statt Besitzen“ sind wichtig, weil aus ihnen mehr werden kann als fragmentierte Einzelinitiativen. Gemeinsam kann aus Einzelstücken ein Mosaik entstehen. Wissensallianzen, in denen Engagierte, Fachleute und Betroffene zusammenarbeiten, können derartige Bemühungen unterstützen (Novy et al. 2013).

Notwendig ist eine Abkehr von der künstlichen Trennung von Politik, Gesellschaft und Natur. Polanyis Hauptwerk, vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise neu gelesen, zeigt, wie sehr Denken und Politik heute dem *Laissez-faire*-Dogma verbunden sind, obwohl die Auswirkungen einer entgrenzten Ökonomie für Mensch und Natur zunehmend bedrohlich werden. Ein entscheidendes Merkmal von Hegemonie besteht in der Fähigkeit dominanter Gruppen, Opposition zu fragmentieren und KritikerInnen zu entmachten. In diesem Sinne ist der Neoliberalismus in Europa nach 2008 auf allen Linien erfolgreich gewesen. Und doch ist diese Macht bei weitem nicht so hegemonial wie der breit akzeptierte Wohlfahrtskapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte: In Österreich stimmten bis 1986 regelmäßig über 90 Prozent der WählerInnen für eine der beiden Massenparteien; gegenwärtig werden diejenigen, die neoliberale Maßnahmen in Regierungsverantwortung umsetzen, in der Regel von WählerInnen abgestraft.

Trotzdem halten die EU-Institutionen dogmatisch an dieser Politik fest. Sie „glauben“ an die Überlegenheit von Märkten, Liberalisierung und Privatisierung. Kapitalistische Strukturen erscheinen so als natürlich; sie zu problematisieren als unerwünscht. Demgegenüber basiert jedes demokratische und innovative Gemeinwesen auf einer gemischten Wirtschaft, in der es neben einer Produktionsweise, die auf Waren, Markt und Konkurrenz beruht, auch Platz für Genossenschaften und Eigenarbeit gibt. Dies ist kein halberziges pragmatisches Zugeständnis, sondern ergibt sich aus einer antidogmatischen Grundhaltung. Der Fehler marxistischer Transformationsvorstellungen wurzelt bei oftmals richtiger Problemanalyse in der Priorisierung einer politischen statt einer sozialen Revolution (Singer 1998). Die kommunistische Linke brach, wo immer sie an die Macht kam, den evolutionären Suchprozess, der die bestehende Ordnung durch kooperativere Formen ersetzen sollte, frühzeitig ab. Autoritarismus war die unvermeidliche Folge einer Wirtschaftssteuerung, die eine Zukunft, deren genaue Form niemand kennt, zentral plant. Dieses Experiment ist gescheitert und sollte nicht wiederholt werden. Vielmehr gilt es, eine zentrale Einsicht für Innovationen und Lernen aufzugreifen, nämlich die dafür notwendige „Unreinheit“ (*impurity*) jeder sozioökonomischen Ordnung (Hodgson 1999: 124-130). Unreinheit und Vielfalt gehen nämlich Hand in Hand. Selbst die kapitalistische Produktionsweise, die alle gesellschaftlichen Bereiche zu absorbieren trachtet, braucht Aktivitäten, die nach anderen Kriterien organisiert sind wie Reziprozität im Freundeskreis und unbezahlte Sorgearbeit für Jung und Alt. Diese Vielfalt an wirtschaftlichen Praktiken gilt es für die Große Transformation zu nutzen. Wenn es soziale Formen gibt, die ökologisch und sozial der Waren- und Kapitalform überlegen sind, dann muss sich dies in konkreten Praktiken und realen Verbesserungen der Lebensqualität und der Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems zeigen. Eine gemischte Wirtschaft, die die Große Transformation unterstützt, folgt keinen dogmatischen Patentrezepten. So führt Arbeitsteilung oftmals, aber eben nicht immer zu Wohlfahrtsgewinnen. Stagnation in manchen Bereichen wird mit Wachstum anderer Wirtschaftssektoren, insbesondere im Bereich der Sorgearbeit und der sozialökologischen Investitionen einhergehen müssen.

(2) In Bezug auf den kapitalistischen Wachstumszwang braucht es eine effektive Monopol- und Machtkontrolle durch eine „too big to fail“-Klausel nicht nur für Banken, sondern auch für Konzerne und Medien. Zu große Machtbündelung ist gefährlich für die demokratische Gestaltung des Gemeinwesens. Die Vergabe von Subventionen muss viel transparenter nach ökosozialen Kriterien erfolgen, um Steuergelder bewusst für die Gestaltung der Großen Transformation zu nutzen. Das Leitbild des *guten Lebens für alle* erfordert auch ein Menschenrecht auf Naturnutzung gemäß den Grenzen des Planeten. Während ein Recht auf Mindestsicherung breit akzeptiert wird, gibt es noch immer wenig Bewusstsein, dass es auch ökosoziale Maxima für den individuellen Ressourcenverbrauch braucht, um allen Menschen Zugang zu Ressourcen zu ermöglichen: Wenn alle genug haben sollen, ist der im Weltmaßstab übermäßige Verbrauch von Ressourcen durch die BewohnerInnen des Globalen Nordens dauerhaft nicht möglich. Und ressourcenintensiver Luxuskonsum für den Statuswettbewerb beraubt (berauben = „privare“) die Mehrheit ihrer Zugangsrechte zu Natur und Gesellschaft. Gestaffelte Verbrauchssteuern, die Luxuskonsum höher besteuern, und Vermögenssteuern, die die übermäßige Konzentration von Vermögen verhindern, sind zwei Beispiele kurzfristiger Transformationsschritte.

All dies könnte mit einer systematischen Förderung von Biolandwirtschaft und dezentraler Energieversorgung einhergehen. Dazu braucht es neben einer Umorientierung der

Forschungsförderung auch das Verbot von Öko- und Sozialdumping und den Schutz regionaler Kreislaufwirtschaften. Im besten Fall können so die Vorzüge internationaler Arbeitsteilung und die Vorteile territorialisierter Produktions- und Lebensweisen gleichermaßen genutzt werden (NEF 2010).

(1) Ein ganzheitliches Verständnis von Mobilität steht im Spannungsverhältnis zu einem Verkehrssystem, in dessen Zentrum weiter das Auto als fossil betriebene Ware steht. Eine Bewegung für die Freifahrt bei öffentlichen Verkehrsmitteln könnte so unterschiedliche Motive wie die individuelle Kostenersparnis, leistbare Mobilität für alle und die Schaffung postfossiler urbaner Strukturen verbinden. Öko- und Sozialmilieu könnten gemeinsam einen Schritt zur großen Transformation setzen, die gutes Leben mit dem Zugang und der Teilhabe aller verbindet. Ergänzt um eine bestmögliche Integration von FußgeherInnen, RadfahrerInnen, Taxis, Bussen und Straßenbahnen kann eine öffentliche Infrastruktur entstehen, in der der Privatbesitz von Autos zum Relikt der Vergangenheit wird. In diesem Sinne ist das Themenfeld der urbanen Mobilität besonders gut geeignet, Allianzen zu bilden und beispielhaft die Vorzüge einer Zivilisation aufzuzeigen, die höchste Lebensqualität mit Genügsamkeit verbindet. Statt durch Kaufkraftsteigerung, Sozialtransfer oder ein bedingungsloses Grundeinkommen den Massenkonsum zu erhöhen, können durch öffentliche Investitionen in billige und gute öffentliche Verkehrsmittel Ressourcen geschont und Lebenshaltungskosten gesenkt werden.

Die vorliegende Analyse teilt viele der in diesem Heft vorgenommenen Einschätzungen und vorgeschlagenen Maßnahmen. Doch radikalisiert sie diese, indem sie die unterschiedlichen Konsequenzen betont, die ein Festhalten am Status Quo in Europa im Unterschied zu anderen Teilen der Welt haben wird. Sozial aufsteigen, sich ein gutes Leben erarbeiten, das können heute vor allem ArbeiterInnen, BäuerInnen und Mittelschichten der Schwellenländer, weshalb eine Abkehr vom vorherrschenden Wachstumsregime dort auf größere Widerstände stoßen wird, auch wenn die ökosozialen Kosten in den Megastädten des Globalen Südens schon heute sehr hoch sind. Der *European and American Way of Life* ist einfach nicht für alle möglich. So sind wir mit dem Paradox konfrontiert, dass gerade die EU, Hort neoliberaler Ideologie, zum Vorreiter der Begrenzung von Wettbewerb und Wachstum werden müsste, was gleichzeitig unter den gegebenen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen unvorstellbar ist. Aber es ist naiv zu glauben, dass das deutsche Exportmodell, das mit dem Absatz von Autos eine destruktive Form von Mobilisierung in den Schwellenländern fördert, ein Modell mit Zukunft ist. Stattdessen könnte Europa mit seinem höheren Niveau materieller Bedürfnisbefriedigung zur Avantgarde neuer Formen von Urbanität, Mobilität und Energieversorgung werden. Nicht nur eine positive Wendung, selbst eine Bewahrung wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften wird einer Transformationsform von Waren-, Kapital- und Staatsform bedürfen. Dafür bietet das Leitbild des *guten Lebens für alle* eine Orientierung, wiewohl dieses nicht vorrangig ein programmatischer Wurf für ein Zivilisationsmodell des 21. Jahrhunderts ist. Es ist vor allem ein methodischer Vorschlag für eine Lernbewegung, die die Bildung einer autoritären „Festung Europa“ verhindern und die Potentiale des anstehenden Umbruchs nutzen möchte. Diese Methode besteht in einem didaktischen Dreischritt. Er verbindet eine fundierte Problemanalyse, die die Notwendigkeit struktureller Veränderungen nahelegt, mit der Erarbeitung konkreter Utopien und ihrer schrittweisen Umsetzung.

Literatur

- Becker, Joachim (2002: Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.
- Brunner, Karl-Michael (2014) Sozialstrukturelle Dimensionen zukunftsfähiger Entwicklung. Ein soziologischer Beitrag zur Nachhaltigkeitsforschung. In: Bohmann, Gerda/ Hofbauer, Johanna/ Schüle, Johann August (Hrsg.): Sozioökonomische Perspektiven. Texte zum Verhältnis von Gesellschaft und Ökonomie. Wien: Facultas, 289-318.
- Hayek, Friedrich August (1978) The Constitution of Liberty. Chicago: University of Chicago Press.
- Hodgson, Geoffrey (1999) Economics and Utopia. London: Routledge.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1986) Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4. Berlin: Dietz, 459-493.
- NEF – new economics foundation (2010) The Great Transition. A tale of how it turned out right. London: www.neweconomics.org.
- Novy, Andreas (2013) Ein gutes Leben für alle – ein europäisches Entwicklungsmodell. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIX (3), 77-104.
- Novy, Andreas/ Habersack, Sarah/ Schaller, Barbara (2013) Innovative forms of knowledge production: Transdisciplinarity and knowledge alliances. In: Moulaert, Frank/ MacCallum, Diana/ Mehmood, Abid/ Hamdouch, Abdelillah (Hrsg.) The International Handbook of Social Innovation. Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham: Edgar Elgar.
- Polanyi, Karl (1978) The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2013) Was ist das gute Leben? <http://www.zeit.de/2013/25/philosophie-gutes-leben> (25.3.2014).
- Schmid, Elisabeth (2013) Theorien zum guten Leben. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIX (3), 55-76.
- Schwarz, Valentin (2014) Als Österreich Griechenland war. In: Grüne Werkstattsschriften (6). http://www.gbw.at/fileadmin/user_upload/gbw_allgemein/6_PDFs/Werkstattsschrift06.pdf (30.6.2014)
- Singer, Paul (1998) Uma utopia militante. Petropolis: Editora Vozes.
- Skidelsky, Robert/ Skidelsky, Edward (2012) How much is enough? Money and the good life. New York: Other Press.
- UNDP (2013) The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World. Human Development Report. New York: UNDP.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale (2011) Hauptgutachten. Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin.